

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Wertorientierung - Sozialstruktur - Politik: einleitende Bemerkungen zum Themenkreis "Bestimmungsgründe für die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen"

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1984) : Wertorientierung - Sozialstruktur - Politik: einleitende Bemerkungen zum Themenkreis "Bestimmungsgründe für die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen", In: Jürgen W. Falter, Christian Fenner, Michael Th. Greven (Ed.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung: Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim, ISBN 3-531-11693-2, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 560-565

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112520>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Wertorientierung – Sozialstruktur – Politik

Einleitende Bemerkungen zum Themenkreis „Bestimmungsgründe für die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen“

Hans-Dieter Klingemann

Die "neuen" issues und die "neuen" sozialen Bewegungen erfreuen sich, das zeigt auch diese Veranstaltung, in zunehmendem Maße des Interesses der Profession. Der Reiz des Neuen gilt eben auch für Politikwissenschaftler und Soziologen.

Die große Zahl der zu den neuen sozialen Bewegungen inzwischen vorliegenden Publikationen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sowohl das Attribut "neu" als auch der Begriff der "sozialen Bewegung" in durchaus unterschiedlicher Weise verstanden und verwendet werden. Mancher Widerspruch in den Behauptungen über die Bestimmungsgründe oder die Aktionsparameter der neuen sozialen Bewegungen löst sich schon deshalb auf; manche Feststellung von Übereinstimmung von Ergebnissen erweist sich schon deshalb als Schein. Der Sachverhalt ist einer Kumulation von Wissen über die neuen sozialen Bewegungen nicht förderlich. Richard Stöss wird dieses Thema in seinem Beitrag noch näher ausführen.

Ich kann hier weder eine allgemeingültige Definition des "Neuen" anbieten, noch kann ich den Begriff der "sozialen Bewegung" verbindlich festlegen. Dies würde die Gegenstände, auf die sich das öffentliche Interesse und die Bemühung der Forschung richtet, auch nicht verändern. Konkret geht es in erster Linie um die Ökologie-, die Friedens- oder die Frauenbewegung und um die Grünen. Welche Ursachen haben zum Wachstum dieser sozio-politischen Formationen beigetragen? Wir werden diese Frage am Beispiel ausgewählter empirischer Forschungen diskutieren, Forschungen, die sich auf die zentralen Variablenkomplexe "Wertorientierung" - "Sozialstruktur" und "Politik" konzentrieren.

In meinen einleitenden Bemerkungen möchte ich an Hand einiger Beispiele aus der Literatur auf die Vielfalt und die teilweise Widersprüchlichkeit der gängigen theoretischen Ansätze aufmerksam machen. Dies könnte zur Strukturierung der kritischen Debatte der vorgetragenen Papiere beitragen. Es ist gleichzeitig ein Plädoyer für eine stärker aufeinander bezogene Forschung im Bereich der neuen sozialen Bewegungen.

1. Wertorientierungen

Es gibt kaum ein Modell für die Erklärung des Entstehens der neuen sozialen Bewegungen, das den Wertorientierungen der Individuen nicht eine zentrale Stellung einräumt. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, denn diese Bewegungen stellen schon nahezu definitionsgemäß den status quo der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse infrage - sei es punktuell, sei es in totaler Weise; sei es unter Bezug auf vergangene oder zukünftig wünschenswerte Organisationsformen von Gesellschaft und Politik. So unstrittig diese allgemeine Feststellung ist, so schwierig scheint es zu sein die Art der zu betrachtenden Wertorientierungen theoretisch abzuleiten, zu operationalisieren und empirisch nachzuweisen. Wie "neu" sind die Werte der neuen sozialen Bewegungen?

Stöss (1979; 1980) hat wiederholt auf die konservativen Aspekte der Wertorientierungen von Anhängern der neuen sozialen Bewegungen hingewiesen.

Brand (1982) hebt hervor, daß die Werte der neuen sozialen Bewegungen durchaus auch im Zusammenhang mit dem antimodernistischen Widerstand gegen Entwicklungstendenzen der Industriegesellschaft interpretiert werden können. Das Versprechen der neuen sozialen Bewegungen bestünde dann darin, solche Werte wieder zur Geltung zu bringen, die die Geborgenheit in einer durch Primärbeziehungen bestimmten Gesellschaft herstellen (Scheuch/Klingemann 1967). Nach dieser Sicht der Dinge sind die Werte der neuen sozialen Bewegungen der Struktur der Moderne immanent und in diesem Sinne "alt".

Daß die Werte doch "neu" seien, besagt eine andere, gegenwärtig höchst einflußreiche These. Es vollzieht sich eine "stille Revolution", ein Wandel von "materialistischen" zu "postmaterialistischen" Wertorientierungen in den Bevölkerungen der westlichen Demokratien (Inglehart 1977). Die Argumentation basiert auf zwei Grundannahmen. Die erste besagt, daß Individuen solchen Bedürfnissen die größte Aufmerksamkeit schenken, deren Befriedigung am wenigsten gewährleistet ist (Knappheitshypothese). Die zweite Annahme unterstellt, daß Wertorientierungen, die in der Jugendzeit erworben werden, auch für das Erwachsenenalter bestimmend bleiben (Sozialisationshypothese). Personen, die in Zeiten ökonomischen Mangels aufgewachsen sind, sollten deshalb physischen Sicherheitsbedürfnissen die höchste Priorität einräumen (materialistische Wertorientierung). Im Gegensatz dazu sollten Personen, die in einer Periode ökonomischen Überflusses sozialisiert wurden, nichtmaterialistischen Bedürfnissen wie Selbstverwirklichung oder Partizipation, den höchsten Stellenwert geben (postmaterialistische Wertorientierung). Da nun aber die Zeit während des Zweiten Weltkrieges und die unmittelbare Nachkriegszeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage von der Zeit des ökonomischen Aufschwungs in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren deutlich verschieden ist, muß es zu einem Konflikt der Wertorientierungen der älteren und der jüngeren Generation kommen. "Neu" ist dieser Konflikt deshalb, weil sich postmaterialistische Wertorientierungen erst auf dem Niveau des heute erreichten gesellschaftlichen Wohlstands ausbilden können.

Meulemann (1983) kennzeichnet die neuen sozialen Bewegungen als "Kinder des Zeitgeistes". Die sie hervorbringende Konstellation der Werte ist danach weder "neu" noch "alt" sondern typisch für die arbeitsteilige moderne Gesellschaft. Die öffentlichkeitswirksamen neuen Formen des politischen Konflikts haben, so Meulemann, über den grundsätzlichen Konsens von dem die neuen sozialen Bewegungen getragen werden, hinweggetäuscht. Die betrachteten Wertorientierungen sind auf das Integrationsproblem bezogen, das die moderne Gesellschaft zu lösen hat. Während in der traditionellen Gesellschaft die soziale Integration vor allem durch religiös bestimmte Werte gewährleistet wurde, können moderne Gesellschaften ihre Mitglieder nur durch abstrakte, säkularisierte Werte binden. "Gleichheit", "Leistung", "Mitbestimmung" und "Akzeptanz" (als Residualkategorie), seien hierfür von herausragender Bedeutung. Die Vorstellung einer Gleichheit der Chancen rechtfertigt tatsächliche Ungleichheit als Ergebnis unterschiedlicher individueller Leistung. Die Erbringung spezialisierter Leistung ist auf die Dauer nur möglich, wenn sich das Individuum mit der Arbeit als Wert identifizieren kann. Mitbestimmung ist wichtig, weil die zunehmende Arbeitsteilung zur Bildung relativ autonomer Teilbereiche beiträgt und diese Teilbereiche nur dann in der Gesamtgesellschaft bestehen können, wenn denjenigen, die von den Entscheidungen innerhalb solcher Teilbereiche positionell ausgeschlossen sind, ein Mitspracherecht eingeräumt wird. Die individuelle und funktionale soziale Differenzierung kann von den Individuen aber auch, ohne Rekurs auf Werte, nur einfach hingenommen werden. Meulemann nennt diese Haltung "Akzeptanz".

Nachdem auf diese Weise begründet ist, warum sich das Interesse auf diese

und nicht auf andere Werte richten soll, wird die Verteilung von Indikatoren für Gleichheit, Leistung, Mitbestimmung und Akzeptanz für den Zeitraum von 1949 bis 1980 in der Bevölkerung der Bundesrepublik betrachtet. Die empirischen Befunde zeigen einen Rückgang in der positiven Einstellung zu "Leistung", eine steigende Bedeutung der "Mitbestimmung" (Teilhabe im politischen und sozialen Lebensbereichen) und eine auf relativ hohem Niveau gleichbleibend positive Einschätzung realisierter "Gleichheit". Die Bereitschaft zur selbstverständlichen Hinnahme des status quo im Sinne von Akzeptanz ist rückläufig. Die Kurvenverläufe zeigen eine Periode relativer Konstanz zwischen den fünfziger und den frühen sechziger Jahren, eine Periode akuten Wandels in den späten sechziger und den frühen siebziger Jahren und eine zweite Periode relativer Konstanz in den späten siebziger Jahren.

Meulemann deutet diese Regelmäßigkeiten wie folgt: "Der Wertwandel hinter den Wertewandlungen kann nun zusammengefaßt werden: Der Rückgang von Akzeptanz bedeutet, daß Lebenssinn nicht mehr aus Traditionen übernommen werden kann, sondern in einer alltäglich tragfähigen Form geschaffen werden muß. Dieser Wertwandel kann als eine Art zweiter Säkularisierung verstanden werden, die auf die Säkularisierung des 19. Jahrhunderts folgt und deren soziale Basis erweitert. Während die erste Säkularisierung in elitären Segmenten der Bevölkerung religiöse Motive auf die Berufsarbeit umgelenkt hat, ist die zweite Säkularisierung durch eine gleichzeitige Abwertung religiöser und beruflicher Motive in der breiten Bevölkerung charakterisiert. Dieser neuerliche Verlust der Religion an sozialer Verbindlichkeit kann nicht mehr auf die gleiche Weise kompensiert werden; er trifft auf eine breitere Basis und fordert andere Lösungen heraus. Aus diesem Grunde ist der Rückgang der Akzeptanz in den sechziger Jahren von einem Rückgang beruflicher Leistungswerte begleitet und durch einen Anstieg der Mitbestimmung kompensiert." (Meulemann 1983, 19).

Vor diesem Hintergrund wird dann die Frage plausibel, ob sich die neuen sozialen Bewegungen nicht doch, trotz aller augenfälligen Konflikte, auf ein Einverständnis mit der breiten Bevölkerung stützen können.

Ob es sich nun aber um "alte" oder "neue" Werte handelt, oder ob diese Werte "typisch" für unsere moderne Gesellschaft sind - so sind doch die hier beispielhaft herangezogenen Ansätze erfahrungswissenschaftlich ausgerichtet. Ihre Geltung sollte empirisch überprüfbar sein. Ich möchte hier nicht auf die vielen kritischen Arbeiten eingehen, die sich mit den unterschiedlichen Erklärungsvarianten - insbesondere hinsichtlich der Postmaterialismusthese - befassen. Ich möchte abschließend vielmehr auf ein methodisches Problem verweisen, dessen Lösung für alle Theorien wichtig ist, die mit dem Wertbegriff operieren.

Wertorientierungen unterscheiden sich von Einstellungen nicht nur dadurch, daß sie allgemeiner (abstrakter) sind, einen normativen Charakter haben und eine zentrale Stellung im individuellen Überzeugungssystem einnehmen, sondern auch dadurch, daß sie eine vergleichsweise hohe Veränderungsresistenz aufweisen sollten. In Ermangelung langfristiger Wiederholungsbefragungen (panels) wird diese Veränderungsresistenz in aller Regel nur unterstellt. In den wenigen Fällen, in denen die Stabilität von Wertorientierungen tatsächlich überprüft werden konnte, wurden ernüchternde Ergebnisse erzielt, die auch mit der Annahme von Meßfehlern nicht wirklich verbessert werden können (van Deth 1983). Die Entwicklung gültiger Meßinstrumente und die Spezifikation der Veränderungsresistenzthese sollten für die zukünftige Forschung eine hohe Priorität haben.

2. Sozialstruktur

Die Wahlsoziologie kann in der Regel davon ausgehen, daß einige bestimmte, klar abgrenzbare soziale Gruppierungen dauerhafte Koalitionen mit bestimmten politischen Parteien eingegangen sind (Stinchcombe 1975). In der Bundesrepublik gilt dies etwa für das Bündnis der gewerkschaftlich organisierten, protestantischen Arbeiterschaft mit der SPD, oder das der konfessionell gebundenen Katholiken mit der CDU/CSU. Bei dieser Situation liegt es nahe, die Wertorientierungen und das politische Verhalten von Mitgliedern solcher sozialer Gruppierungen durch ein Sozialisationsmodell zu erklären. Die sich aus der spezifischen sozialen Lagerung ergebenden Interessengegensätze werden danach unter Rekurs auf Wertmuster gedeutet, die kulturell seit langem zur Verfügung stehen, und die dem individuellen politischen Handeln einen Sinn geben. Beispiele hierfür sind etwa die gewerkschaftliche Wirtschafts-ideologie oder der religiöse Traditionalismus, politisch relevante Überzeugungssysteme, die in Deutschland von einer Generation auf die nächste übertragen wurden (Pappi/Laumann 1974). Jagodzinski (1981) hat auch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die sozialisationstheoretisch vorausgesetzte Stabilität dieser Wertorientierungen empirisch ungesichert ist. Darüberhinaus kann angeführt werden, daß die sozialen Gruppierungen, für die solche Deutungsmuster gelten, im Zeitverlauf an Gewicht verloren haben und deshalb die Art des politischen Konflikts immer weniger bestimmen. Und es wird argumentiert, daß die dauerhaft verankerte "social groups politics" einer eher fluiden "issue groups politics" aus Gründen der strukturellen Entwicklung der modernen Gesellschaft (gesteigerte berufliche und geographische Mobilität; wachsender Urbanisierungsgrad) weichen muß (Dalton/Flanagan 1982). Trotz dieser Kritik erfreut sich das Sozialisationsmodell in der empirischen Wahlforschung einer ungebrochenen Attraktion.

Für die sozialstrukturelle Verortung der neuen sozialen Bewegungen ist dieses Modell allerdings wenig geeignet. Die sozialen Träger dieser Bewegungen sind ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie keine dauerhaften Koalitionen mit den "alten" Parteien mehr eingehen wollen oder können. So können sie sich in der Regel entweder nur auf solche sozialen Gruppierungen stützen, deren Interessen politisch nicht angemessen vermittelt werden, oder sie müssen auf die Formierung von Vergemeinschaftungen hoffen, die durch die "neuen" Werte gestiftet werden.

Geht man davon aus, daß solche sozialen Gruppierungen als Potential der neuen sozialen Bewegungen am ehesten infrage kommen, die durch den Modernisierungsprozeß der Gesellschaft in negativer Weise betroffen sind, dann müßten sich die Anhänger vor allem unter den marginalisierten oder den von Marginalisierung bedrohten Teilen der Bevölkerung finden lassen. Die soziale Basis der neuen sozialen Bewegungen wäre zwangsläufig heterogen, eine antimodernistische Wertorientierung wahrscheinlich und ihre Charakterisierung als "neopopulistisch" angemessen (Brand 1982).

Folgt man andererseits der Postmaterialismusthese, dann sind es gerade nicht die Randgruppen der modernen Gesellschaft, die das Rückgrad der neuen sozialen Bewegungen bilden. Nach dieser Theorie wären es die in den materiell saturierten Verhältnissen des Mittelstandes Aufgewachsenen, die die neuen sozialen Bewegungen vorwiegend tragen.

Feist und Liepelt (1983) haben diesen Sachverhalt interessentheoretisch, als "Nebenfolge" der Bildungsreform gedeutet. Einer gesteigerten Zahl hochqualifizierter Bewerber - Töchter und Söhne des materiell saturierten Mittelstandes - steht, so die Argumentation, keine entsprechende Nachfrage in der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, einschließlich des Schulwesens, gegenüber. Das erworbene Kulturkapital kann also im Gesellschafts- und Sozialsystem nicht mehr wie früher beliebig in Zahlung gegeben werden. "Wer solchermaßen seine Berufsperspektive verstellt sieht, ist eher geneigt,

seine intellektuellen Fähigkeiten dem virulenten Protestpotential der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, das sich im Laufe der siebziger Jahre unter dem Einfluß von Bürgerinitiativen auch außerhalb des Bildungssystems neue Ausdrucksformen geschaffen hat." (Feist/Liepelt 1983, 86). Akzeptiert man diese Diagnose, dann liegt der Gedanke an eine postmaterialistisch überhöhte Interessenpolitik der jungen Generation nahe.

Wiederum muß man konstatieren, daß die verschiedenen Thesen zu den sozialstrukturellen Entstehungsbedingungen der neuen sozialen Bewegungen plausibel, wenn auch widersprüchlich sind. Das in vielen Untersuchungen reproduzierte Ergebnis, das die beruflich noch nicht etablierte, formal höher gebildete Generation zur Kernklientel erklärt, gilt hinsichtlich der Frauen- oder der Friedensbewegung so sicher nur teilweise. Die empirische Basis für eine generelle Theorie ist noch schmal.

3. Politik

Wertwandel und Veränderungen der Sozialstruktur können als Ursachen und Folgen staatlicher Politik begriffen werden. Die Art der Wechselbeziehungen wird in der Literatur zu den neuen sozialen Bewegungen jedoch in unterschiedlicher Weise konzipiert.

Offe (1980) geht davon aus, daß das politische System die zur Aufrechterhaltung des Wohlstands und der Stabilität nötigen Leistungen strukturell nicht mehr erbringen könne. Das dazu gebrauchte wirtschaftliche Wachstum kann nicht hergestellt werden, weil die Mittel der ökonomischen Steuerung nicht ausreichen und weil die ökologischen Folgen vermehrten Wachstums zu krisenhaften Entwicklungen führen würden. Die "alte" Politik ist am Ende.

Klages (1980) macht die Entwicklung des Staats zum Sozialstaat für das Entstehen der neuen sozialen Bewegungen verantwortlich. Das durch die Parteienkonkurrenz noch ständig erhöhte Anspruchsniveau der Bürger überfordere die objektive Leistungsfähigkeit des Staates. Da die vielfältig festgeschriebenen Verbindlichkeiten so letztlich aber nicht eingelöst werden können, sind Unzufriedenheit, Wertverunsicherung und letztlich politische Entfremdung die Folge. Erst die Beseitigung der sozialstaatlich verschuldeten Anspruchsexplosion, die Reinstitutionalisierung der "alten" Politik, würde den neuen sozialen Bewegungen die politische Basis entziehen.

Inglehart (1981) argumentiert, daß sich die materialistische Wertorientierung der Politiker der Kriegsgeneration auch in der Formulierung der dominierenden Politikziele ausgedrückt habe. Wirtschaftswachstum, technischer Fortschritt, militärische Sicherheit - um nur einige Beispiele zu nennen - erhielten die höchste Priorität. Die postmaterialistischen Bedürfnisse der Kinder des Wirtschaftswunders konnten durch die "alte" Politik nicht befriedigt werden; sie protestierten und sammelten sich nun in den neuen sozialen Bewegungen. Erst mit dem Einrücken der jüngeren Politikergeneration in die Führungspositionen und deren stärker postmaterialistischen Wertorientierung, ändere sich diese Situation. Die "neue" Politik beginnt den Charakter der politischen Auseinandersetzung zu prägen.

Daß auch die Bildungspolitik die neuen sozialen Bewegungen als "Nebenfolge" hervorgebracht haben könnte, hatten wir oben bereits ausgeführt (Feist/Liepelt 1983).

Die Reihe der Erklärungen für das Entstehen der neuen sozialen Bewegungen als Folge (oder Nebenfolge) "alter" oder "neuer" Politik läßt sich un-schwer fortsetzen. Die meisten Ansätze sind in sich stimmig und plausibel, manche ergänzen sich, viele lassen sich nur schwer miteinander vereinbaren. Dies gilt - und das wollte ich deutlich machen - auch für die Komplexe "Wertorientierung" und "Sozialstruktur".

In dieser Veranstaltung werden wir Gelegenheit haben die hier beispielhaft skizzierten Widersprüche zu diskutieren. Wir werden sicher auch noch andere aufspüren. Offenbar fehlt die eine große, deduktive Theorie, die alle überzeugen kann. Wir werden wohl bei der Erforschung der neuen sozialen Bewegungen, wie in anderen Bereichen der Wissenschaft auch, noch eine zeitlang mit Teiltheorien leben müssen. Und es gibt eine Menge von Dingen, die man mit Teiltheorien bewältigen kann (von Beyme 1983). Was Not tut sind empirisch ausgerichtete Forschungsprogramme, die sich der Widersprüche annehmen, die sich auch in den Teiltheorien in nicht allzu kleiner Zahl finden lassen.

Literaturverzeichnis

- Brand, K.-W., 1982: Neue soziale Bewegungen, Opladen
- Dalton, R.J./Flanagan, S., 1982: The Changing Content of Ideological Beliefs in Western Europe, the United States and Japan, mimeo.
- Feist, U./Liepelt, K., 1983: Neue Eliten in alten Parteien. Anmerkungen zu einer Nebenfolge der Bildungsreform, in: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hg.), Wahlen und politisches System, Opladen, S. 81ff
- Inglehart, R., 1981: Post-Materialism in an Environment of Insecurity, in: The American Political Science Review 75 (H. 4), S. 880ff
- Inglehart, R., 1977: The Silent Revolution, Princeton, N.J.
- Jagodzinski, W., 1981: Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteibindung: Zur Problematik eines Sozialisationsmodells, in: Zeitschrift für Soziologie 10 (H. 2), S. 170ff
- Klages, H., 1980: Verdrossene Bürger - überlasteter Staat, Frankfurt
- Meulemann, H., 1983: Wertwandel in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1980: Versuch einer zusammenfassenden Deutung vorliegender Zeitreihen, mimeo.
- Offe, C., 1980: Am Staat vorbei? Interview mit Claus Offe, in: Argument (H. 124)
- Pappi, F.U./Laumann, E.O., 1974: Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: Zeitschrift für Soziologie 3 (H. 2), S. 157ff
- Scheuch, E.K./Klingemann, H.-D., 1967: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Ortlieb, H.-D./Molitor, B. (Hg.), Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, S. 11ff
- Stinchcombe, A., 1975: Social Structure and Politics, in: Greenstein, F.I./Polsby, N.W. (Hg.), Handbook of Political Science, vol. 3, Reading, Mass., S. 557ff
- Stöss, R., 1980: Vom Nationalismus zum Umweltschutz, Opladen
- Stöss, R., 1979: Konservative Aspekte der Ökologie- und Alternativbewegung, in: Ästhetik und Kommunikation 10 (H. 36), S. 19ff
- van Deth, J., 1983: The Persistence of Materialist and Post-Materialist Value Orientations, in: European Journal of Political Research 11 (H. 1), S. 63ff
- von Beyme, K., 1983: Theoretische Probleme der Parteienforschung, in: Politische Vierteljahresschrift 24 (H. 3), S. 241ff